

# Maritim und fast intim

**List/Sylt.** Nach Salzburg, Dresden und Freiburg fand die diesjährige, vierte Herbstklausur der ARGE Insolvenzrecht und Sanierung im DAV in bewusst klein gehaltener Runde am 8. und 9.10.2010 in List auf Sylt, dem nördlichsten Ort Deutschlands, statt. Neben Schiffsfonds in Schieflage, dem Untergang des Versandhauses Quelle und der Reform der Insolvenzgerichtsbarkeit blieb auch ausreichend Zeit für Austern und Golfen.

**Text:** Rechtsanwalt Dr. Martin Schürmann

Im beeindruckenden Ambiente des Hotel Grand SPA Resort AROSA begann der Freitagmorgen nach der gewohnt launigen Begrüßung durch den ARGE-Vorsitzenden RA Horst Piepenburg mit einem maritimen Thema. RA Jörn Weitzmann berichtete unter dem Titel »Schiffsfonds: Senkblei, sanierungsfähiges Unternehmen oder High Yield Anleihe?« über seine Erfahrungen als Insolvenzverwalter dieser meist in der Rechtsform einer GmbH & Co KG angebotenen Finanzanlage (idR als Verlustzuweisungsgesellschaft konstruiert). Schon bei seiner Zustandsbeschreibung wurde deutlich, dass es sich um eine sehr spezielle Materie handelt, die nicht nur gute Rechtskenntnis, sondern auch ein tiefergehendes Verständnis der Seeschifffahrt und deren Finanzierung verlangt. Begriffe wie Survivalmodus, Tonnagesteuer, Bareboat Charter und speed claim waren den meisten Zuhörern bisher eher fremd. Im Weiteren ging Weitzmann dann auf die Besonderheiten derartiger Schiffsfonds in der Insolvenz ein (absolute Liquiditätsarmut, keine schnell liquidierbaren assets, drohende Havarien usw.) und erläuterte rechtliche Spezialfragen. Seines Erachtens bewirke die InsO im Ergebnis einen Erhalt der Schiffsgesellschaften und sei geeignet zur Haftungsverwirklichung und letztlich Sanierung. Aus ihrem strengen Haftungsregime könnten Sanierungsressourcen geschöpft werden, sodass trotz erheblicher krisenbedingter Liquiditätsprobleme bislang nur wenige, nicht systemrelevante Unternehmen in Insolvenz gefallen seien.

## Warum Quelle ohne Chancen war

Mut, auch einmal zu einer letztlich gescheiterte Sanierung vorzutragen, bewies anschließend RA Hans-Gerd Jauch, Partner von GÖRG, bei seinem Thema »Der Untergang der Quelle«, bis in die 1980ern Jahre eines der größten deutschen Versandhäuser. 1999 war das ehemalige Familienunternehmen als Quelle Schickedanz AG & Co mit dem Warenkonzern Karstadt zur Karstadt Quelle



AG (ab 2007 Arcandor AG) fusioniert worden. Im Juni 2009 beantragte Arcandor für sich und Quelle beim AG Essen Insolvenz. Jauch schilderte sehr anschaulich die Situation vor und nach dem Insolvenzantrag und ging auf die besondere Bedeutung des mit einer Milliarde Euro sehr großvolumigen Factoring für die Finanzierung der Gesellschaft ein. Er habe nach Antragstellung zwar ein Warenlager im Wert von rund 300 Millionen Euro vorgefunden, aber so gut wie keine Liquidität – und die Kündigung der Factoring-Bank, die das Geschäft vollständig zum Erliegen brachte. Der Druck des Katalogs habe unmittelbar bevorgestanden (Kosten rund 25 Millionen Euro), musste aber immer wieder verschoben werden. Es sei schnell klar gewesen, dass ein neuer Factoringvertrag nur bei Fortführung des Unternehmens, sei es in der Eigenverwaltung oder im Planverfahren, möglich sein würde. Angesichts verschiedener sich zu Lasten des Unternehmens verändernder Umstände (Rückzug des Gesellschafters, schwindendes Kundenvertrauen, Verzug beim Katalogversand, hoher Finanzierungsbedarf) scheiterte schließlich der Investorenprozess trotz 32 potenzieller Investoren und vier indikativer Übernahmeangebote, und es trat Masseunzulänglichkeit wegen drohender Illiquidität aufgrund oktrozierter Masseschulden ein. Seit Oktober



RA Hans-Gerd Jauch



RA Dr. Rainer Markfort



MinDirigent Wilfried Hoops



RA und Notar  
Dr. Wilhelm Wessel



RA Kai Henning

2009 hätten Insolvenzverwaltung und Gläubigerausschuss dann keine Alternative zur Abwicklung mehr gesehen, erläuterte Jauch. Seine kurzweiligen und pointierten Ausführungen waren gespickt mit unverkennbar rheinischem Humor, ohne den man ein solches Verfahren wohl auch nicht durchstehen kann.

### Compliance wird Branche beschäftigen

Compliance hält Einzug auch in die Verwalterbüros. Ein Plädoyer für eine geordnete Insolvenz hielt RA Dr. Rainer Markfort, als er über »Compliance in der Insolvenzverwaltung« sprach. An einigen Beispielen zeigte er auf, welche Risiken im laufenden Geschäftsbetrieb des Verwalters drohen. Die treuwidrige Schädigung der Insolvenzmasse, sei es auch nur aus Nachlässigkeit, ruiniere den Ruf des Einzelnen und der gesamten Branche und löse vor allem aber Haftungsgefahren aus. Markfort rief die Verwalter auf, Erfahrungen auszutauschen, ein für die Insolvenzverwaltung angepasstes Compliance-Management-System (CMS) zu entwickeln und im Rahmen eines Peer Review, wie man ihn von den Wirtschaftsprüfern dem Grunde nach kennt, die Umsetzung der Standards wechselseitig zu überprüfen. Wer auf diese Weise mit gutem Beispiel voran gehe, verdränge die »schwarzen Schafe« vom Markt. Und so werde Compliance zum Wettbewerbsvorteil für den Einzelnen – und für den Insolvenzstandort Deutschland insgesamt. Markforts Thesen führten zu einer lebhaften Diskussion, bei der deutlich wurde, dass dieses Thema wohl mehr ist als »alter Wein in neuen Schläuchen« und die Branche weiter beschäftigen wird. Der Nachmittag stand dann ganz im Zeichen der Insel Sylt. Rechtzeitig zur gemeinsamen Inselrundfahrt klarte das Wetter auf und erlaubte ein »Sylt entdecken« bei strahlendem Sonnenschein. Auch für einen Besuch einer Austernzucht und das Golfen war am zweiten Tag ausreichend Zeit.

### Ministeriale Gedanken zur Konzentration

Das Fachprogramm am Samstag wurde eröffnet von Ministerialdirigent Wilfried Hoops, Abteilungsleiter im Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration des Landes Schleswig-Holstein, der zu dem mit Spannung erwarteten Thema »Reform der Insolvenzgerichtsbarkeit« vortrug und den verhinderten Landesminister Schmalfuß vertrat. Die Konzentration der gerichtlichen Zuständigkeit für Insolvenzsachen und die konkrete Organisation in den Amtsgerichten mit den verfassungsrechtlichen Grenzen der Regulierbarkeit durch die Präsidialverwaltung bildeten seine

beiden Schwerpunkte. Anknüpfend an die Länderübersicht im INDat-Report 1\_2010, S. 34 ff., beleuchtete Hoops den Stand der Umsetzung von § 2 InsO in den verschiedenen Bundesländern und ging auf Vor- und Nachteile der jeweiligen Regelungen ein. Er sprach sich für eine abgewogene, sinnvolle Konzentration und Spezialisierung aus und konnte sich in der lebhaften Diskussion auch eine Differenzierung zwischen Verbraucher- und Unternehmensinsolvenzen, was die Ortsnähe angeht, vorstellen. Zwar stehe Bürgernähe, insbesondere in den Flächenstaaten, nicht als Ziel im Gesetz, sei aber trotzdem immer wieder ein starkes politisches Argument gegen die Konzentration der Insolvenzgerichte an weniger Standorten.

In organisatorischer Hinsicht sah Hoops, der selbst jahrelange Erfahrung als Insolvenzrichter hat, Probleme bei der Einführung »reiner« dauerhafter Insolvenzrichterstellen. Auch junge Richter müssten sich im Insolvenzrecht bewähren können, und eine gewisse Rotation sei aus verschiedenen Gründen zwingend notwendig. Sein trockener Humor und seine differenzierte Argumentation kamen gut beim Fachpublikum an und führten zu dem Fazit: hochinteressante Innenansicht mit vielen neuen Aspekten.

RA und Notar Dr. Wilhelm Wessel konnte mit seinem Vortrag »Das Aufdecken stiller Reserven: eine Haftungsfalle für den Insolvenzverwalter?« einmal mehr die Folgen der fehlenden gesetzlichen Verzahnung zwischen Steuerrecht und Insolvenzrecht aufzeigen. An Hand verschiedener Gerichtsurteile wies er nach, dass die Rechtsprechung die steuerliche Klassifizierung der Steuerforderung als Masseforderung bzw. Insolvenzforderung noch nicht abschließend zu regeln vermochte. Das masseorientierte, dynamische Handeln und die (freihändige) Veräußerung des Insolvenzverwalters sollte nach seiner Meinung durch die BFH-Rechtsprechung unterstützend fortentwickelt werden.

Wie immer auf großes Interesse stieß der schon traditionell den Abschluss des Fachprogramms bildende Bericht von RA Kai Henning aus Dortmund über »Aktuelles zur Verbraucherinsolvenz«. Er referierte und kommentierte wichtige Entscheidungen in den Insolvenzverfahren natürlicher Personen und konnte erfreulicherweise feststellen, die erwartete Pleitewelle in 2010 sei ausgeblieben; die Zahl der Insolvenz natürlicher Personen liege nur ganz leicht über dem Rekordjahr 2007.

Die von vornherein auf etwa 50 begrenzte Teilnehmerzahl und die grundsätzliche Beschränkung auf ARGE-Mitglieder führte auch bei dieser Herbsttagung wieder zu einem intensiven persönlichen Kontakt und dem allseits geschätzten Erfahrungsaustausch »off the records«. «